



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Böttger, Hugo: Unsere nächste Handelspolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Unsere nächste Handelspolitik

Von Dr. Hugo Böttger, M. d. R.



wei Strömungen werden nach dem Kriege in den großen Handelsstaaten, die durchweg unmittelbar oder mittelbar stark an den Kriegswirren beteiligt sind, gegeneinander kämpfen: die aus maßloser Verbitterung geborene Boykottbewegung, der Versuch sich von Erzeugnissen aus den bisher feindlichen Staaten unabhängig zu machen und das mindestens ebenso starke Bedürfnis der Großmächte, sich nach der finanziellen Blutabzapfung wieder zu erholen und Handel und Wandel mindestens in denselben Zustand wie vor dem Kriege zurückzubringen, wenn möglich noch das Geschäft zu heben. Dazu gehört aber außer dem Wiederaufbau des Binnenmarktes auch die Belebung des Absatzes nach fremden Ländern. Mag auch einige Zeit darüber hinweggehen, beide Strömungen werden sich doch ausgleichen müssen, und die Nationen werden einsehen, daß auf die Dauer der Zorn ein sehr mangelhafter Berater ist. Was unsere Handels- und Wirtschaftsverhältnisse angeht, so sind bei ihrer Eigenart einer jeden gegen uns gerichteten Boykottbewegung enge Grenzen gezogen. Es ist der Vorteil und der Nachteil unserer Ausfuhr, daß sie nach einer großen Zahl von Ländern geht und in viele Hunderte von Handelsartikeln zerfällt. Da wird dem Boykott von vielen Seiten schon die Arbeit sehr schwer gemacht. Wir dürfen also in dieser Hinsicht ziemlich unbesorgt in die Zukunft sehen.

Der große Weltkrieg fiel mitten in die Vorbereitungen zu den neuen Handelsverträgen hinein. Mit Schluß dieser Legislaturperiode mußte auch eigentlich die parlamentarische Arbeit für diesen Gegenstand beginnen, da die Handelsverträge im Jahre 1918 ablaufen sollten. Inzwischen haben sie ja größtenteils ihre Wirksamkeit verloren. Man wird sich der Verhandlungen im Reichstage im Januar vorigen Jahres entsinnen. Der Staatssekretär des Innern hatte erklärt, die verbündeten Regierungen wollten keinen Vertrag kündigen und sie hätten auch nicht die Absicht, eine Novelle zum Zolltarif von 1903 herauszubringen. Das wurde von der maßgebenden Industrie nicht ohne Bewegung aufgenommen. Die mit uns konkurrierenden Staaten hätten eine erheblich stärkere Kampffreudigkeit an den Tag gelegt und es könnte

5181 H 2310/1918

zweifelhaft erscheinen, ob bei dem von der Regierung angedeuteten bescheidenem Maß von Vorbereitungen unsere Interessen wirklich ausreichend wahrgenommen werden könnten. Es müßte besonders beachtet werden, daß die Langfristigkeit unserer Handelspolitik, die ein besonderes wertvolles Stück darstellte, in Gefahr gebracht werden würde, falls die Gegenparteien, wozu sie berechtigt sein würden, jeden Handelsvertrag immer nur auf ein weiteres Jahr in Gültigkeit bestehen lassen wollten. Das würde zu bedenklichen Konjunkturschwankungen und Unsicherheiten sonstiger Art führen. Um unseren handelspolitischen Himmel nicht wolkenlos erscheinen zu lassen, kam auch noch die russische Drohung hinzu, die unser Einfuhrscheinsystem mit der Sperrung der russischen Wanderarbeiter beantworten wollte. Man hat aber dieser Drohung eine übermäßige Bedeutung nicht beigelegt, weil das geringe Quantum von Roggen, das mit Hilfe der Einfuhrscheine nach Rußland ausgeführt wird, in keinem Verhältnis zu der gewaltigen Masse von landwirtschaftlichen Erzeugnissen steht (über 900 Millionen Mark), welche wir aus Rußland jährlich bezogen haben. Auch das handelspolitische Verhältnis zu den Vereinigten Staaten war in hohem Maße verbesserungsbedürftig und schließlich bot auch die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Österreich-Ungarn einige Schwierigkeiten, was diejenigen Leute bei uns nicht übersehen sollten, welche ziemlich leicht hin von der mitteleuropäischen Zollunion sprechen. Durch alle diese Vorarbeiten ist, wie gesagt, vorläufig ein Strich gemacht worden. Die Weltgeschichte hat sich mit anderen großen Aufgaben befaßt.

Immerhin stehen wir auch gerade infolge des Krieges voraussichtlich vor großen handelspolitischen Umgestaltungen, ganz gleich, ob Deutschland auf der ganzen Linie den Frieden diktieren kann oder zu weitgehenden Kompromissen seine Hilfe nehmen muß. Da werden zunächst bei Friedensschluß unsere Handelsbeziehungen zu unseren Feinden gründlich erneuert werden. Es ist doch gerade die Eigenart dieses Krieges, daß an ihm außer den Vereinigten Staaten und den Niederlanden alle großen Handelsmächte beteiligt sind. Der Außenhandel der am Kriege beteiligten Mächte umfaßt einen Gesamtwert von rund 80 Milliarden Mark, während auf alle übrigen Staaten rund 30 Milliarden kommen, wovon der Löwenanteil mit annähernd 18 Milliarden auf die Union fällt. Man sagt also nicht zu viel, wenn man diesen Weltkrieg als das große Ringen der Handelsmächte miteinander bezeichnet. Die treibende Kraft der Kriegswirren, Großbritannien, geht ja auch auf nichts anderes hinaus, als auf Vernichtung und Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs. Demgemäß wird, wie die Friedensverhandlungen überhaupt, die Neugestaltung der Handelspolitik ein sehr schwieriges und langwieriges Kapitel bilden. Und wenn wir daher nicht mit sehr klaren und möglichst einfachen Forderungen auf den Plan treten, so wird der Wunsch unserer Feinde, die Friedensverhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen, leicht in Erfüllung gehen können.

Die Zeit ist noch nicht gekommen, alle Einzelforderungen in der Öffentlichkeit zu besprechen. Es muß dabei unseren großen Wirtschaftsorganisationen

der Vortritt gelassen werden. Aber man darf es aussprechen, daß im zukünftigen Friedensvertrage ein engerer Zusammenschluß mit dem einen oder anderen uns befreundeten Staate nicht außer Betracht bleiben kann. Man wird im übrigen an den bewährten Grundsätzen der Meistbegünstigung festhalten, aber derart, daß wir befugt bleiben, unseren Bundesgenossen sowie den im Kriege neutral gebliebenen europäischen Staaten Vorzugsbedingungen einzuräumen. Es wird auch bereits in Betracht gezogen, einen Unterschied der Zollsätze für die Waren, die auf der Land- oder Seeseite eingehen, einzuführen, und zwar die Landseiten zu begünstigen, was zugleich einen Ausgleich der Unterschiede der Transportkosten ermöglichen würde. Mit Frankreich, mit dem uns bisher die glatte Meistbegünstigung verband, wird ein Tarifvertrag anzustreben sein. Schließlich ist dafür Sorge zu tragen, daß im Eisenbahnverkehr in unseren Nachbarstaaten im Osten und Westen keine Bestimmungen mehr Gültigkeit haben dürfen, welche geeignet sind, die Zollabmachungen aufzuheben oder zu durchkreuzen. Die Unterscheidungen der Transportkosten für die vertragsschließenden Nachbarstaaten müßten also wegfallen. Sehr erstrebenswert ist, daß die Politik der offenen Tür für alle Kolonialgebiete, namentlich auch für die englischen Kolonien, weitestgehende Anwendung findet.

Wenn man sich und anderen in der deutschen Öffentlichkeit große Beschränkungen bei der Erörterung der Kriegsziele auferlegte, so geschah es vielfach unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß durch allzuweitgehende Forderungen nach neuem Landbesitz die Zukunft unserer Handelspolitik und damit das Gedeihen unserer Industrie und die Beschäftigung unserer Arbeiter in Frage gestellt werden könnte. Man kann aus anderen Gründen für Zurückhaltung eintreten. Unsere zukünftige Handelspolitik ist gewiß nicht völlig unabhängig von der Neugestaltung der Landgrenzen, aber sie ist auch keineswegs davon beherrscht. Was wäre wohl aus der Eroberungspolitik so großer Handelsmächte wie Großbritannien und der Vereinigten Staaten geworden, wenn sie ihre Expansionsbestrebungen von den Rücksichten auf die weitere Entwicklung ihres Handelsverkehrs abhängig gemacht hätten. Beide sind rücksichtslos vorangeschritten und wir sehen, daß auch eine kleinere Handelsmacht, wie etwa Japan, sich keine Schranken auferlegen läßt und frohgemut einer größeren Zukunft entgegengeht. Mag auch der deutsche Export seine Eigenarten haben, was nie aus dem Auge gelassen worden ist, im großen und ganzen ist doch richtig, daß wir es ebenso halten können wie die anderen Großmächte.

Die Handelspolitik ist ein sehr wichtiger Teil der Außenpolitik und hat einen großen Einfluß auf die Entwicklung des Landes. Sie ist nicht nur ein Mittel zur Erreichung der politischen Ziele, sondern auch ein Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele. Die Handelspolitik ist ein Mittel zur Erreichung der politischen Ziele, aber sie ist auch ein Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele. Die Handelspolitik ist ein Mittel zur Erreichung der politischen Ziele, aber sie ist auch ein Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele.